

Platz i abbeck

Nr. 9, 25. November 2010

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN



DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Attraktive Venloer Straße statt Helios-Einkaufszentrum!

Erst in der vergangenen Ratssitzung haben neben der LINKEN die Grünen und die FDP im Zusammenhang mit Stuttgart 21 eine deutlich bessere Bürgerbeteiligung bei großen Bauprojekten gefordert. Nun wird ein großes Einkaufszentrum auf dem Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld geplant und ruft breiten Protest hervor. Auf einer Bürgerversammlung der Bürgerinitiative zu dem Thema im Juni dieses Jahres waren 300 Personen, bei der Versammlung der Bezirksvertretung im September bereits 700 Personen. Auf Antrag der Bezirksvertretung Ehrenfeld hat in der vergangenen Woche der Stadtentwicklungsausschuss eine vertiefte Bürgerbeteiligung beschlossen.

DIE LINKE hat zusammen mit dem Einzelmandatsträger Thor Zimmermann der Liste „Deine Freunde“ einen Antrag in den Rat eingebracht, der auch die Entwicklung der Venloer Straße in die Debatte einbeziehen will.

Die Verwaltung soll aus dem Baulückenkataster alle „derzeit bestehenden Baulücken, minder bebauten Grundstücke und abbruchreifen Gebäude“ zusammenstellen und bewerten, „ob auf diesen Grundstücken eher eine Wohn- oder Gewerbebebauung (insbesondere Einzelhandel) oder eine Mischnutzung vorteilhaft wäre“.

Dem jetzt vorliegenden Einzelhandelskonzept kann man entnehmen, dass auf der Venloer Straße von der Inneren Kanalstraße bis zur Lessingstraße 6 % aller Ladenflächen leer stehen. Außerdem gibt es dort zahlreiche Baulücken und Häuser, die weniger Etagen als die umliegende Bebauung aufweisen.

DIE LINKE möchte eine Verdichtung der Venloer Straße und kein Einkaufszentrum auf dem Heliosgelände. Dazu müssen Perspektiven aufgezeigt werden, wie die Venloer Straße aufzuwerten ist. Doch ohne die von der LINKEN beantragten Vorarbeiten der Verwaltung kann diese Diskussion nicht ernsthaft geführt werden.

Fortsetzung Seite 2

Haushalte fristgerecht einbringen!

Der gesunde Menschenverstand lässt vermuten, dass kommunale Haushalte Mitte des Jahres für das nächste Jahr eingebracht werden. Dann wird beraten. Ende des Jahres wird der Haushalt für das kommende Jahr beschlossen.

In Köln ist das schon lange nicht mehr so. Insbesondere SPD und Grüne haben in den letzten Jahren die Verwaltung immer wieder beauftragt, den Haushaltsentwurf zu einem sehr späten Zeitpunkt vorzulegen oder sie gar beauftragt, Doppelhaushalte vorzulegen.

Sie haben damit die Stadt Köln gezielt in die vorläufige Haushaltsführung getrieben. Das hat immer wieder dazu geführt, dass Haushaltsmittel nur prozentual auf eine gewisse Zeit freigegeben wurden. Für die freien und sozialen Träger ein unerträglicher Zustand. Da keine Rechtssicherheit geschaffen wurde, mussten in einigen Fällen Mitarbeiter entlassen werden und Leistungen konnten nur eingeschränkt angeboten werden.

Außerdem wurde so die Bürgerbeteiligung ausgehebelt. Der Bürgerhaushalt 2008 hat gar nicht stattgefunden.

Zum Haushaltsrecht der Kommunen steht in der Kommentierung der Gemeindeordnung in § 75: „Ausgehend von der Budgethoheit des Rates ist der Haushaltsplan als zentrales Steuerungsinstrument zu betrachten.“ Doch in der vorläufigen Haushaltsführung hat der Rat überhaupt keinen Zugriff auf dieses Instrument. All das verstößt gegen die Gemeindeordnung. In § 78 in Verbindung mit § 80 ist klar geregelt, dass der Haushalt für das folgende Jahr spätestens im November verabschiedet werden muss, damit die Aufsichtsbehörde den Haushalt noch genehmigen kann.

DIE LINKE hat nun den Antrag gestellt, „die Beratungsfolge für den Haushalt 2012 so frühzeitig zu beginnen, dass die Haushaltssatzung 2012 spätestens im Dezember 2011 verabschiedet wird. Die folgenden Haushaltssatzungen sollen dann in jährlichem Rhythmus beschlossen werden.“



Am 13. November demonstrierte der DGB in Dortmund gegen die Rente ab 67 und weiteren Sozialabbau. Die Demo stand unter dem Motto: **Gemeinsam für ein gutes Leben. Gerecht geht anders – für einen Kurswechsel in Berlin. Mehr als 14.000 Menschen haben in der Westfalenhalle eindrucksvoll Nein zur Politik des Sozialabbaus und der gesellschaftlichen Spaltung bekundet.** Foto: Hans-Dieter Hey

Fortsetzung von Seite 1, Helios:

Die Venloer Straße hat Entwicklungspotenzial. Die Kreativwirtschaft hat sich mit 300 Arbeitsplätzen angesiedelt. Mit der Renovierung wird die Venloer Straße deutlich aufgewertet. Diese positiven Entwicklungen können schnell zerstört werden. Das haben wir in Kalk erlebt.

Selbst Bundesminister Ramsauer warnt im „Entwurf Weißbuch Innenstadt“ vor weiteren innerstädtischen Einkaufszentren: „Wird die Eröffnung zur Stärkung der Zentren begrüßt, können diese doch oft massive negative Auswirkungen auf Erscheinungsbild, Einzelhandelsstruktur, Mieten und Umsätze in umgehenden Geschäftsstraßen ... haben.“ Und weiter heißt es: „Insbesondere größere Städte stehen vor der schwierigen Aufgabe, ihre Ortsteilzentren zu stabilisieren und qualitativ weiterzuentwickeln.“

In der FAZ war am 19. November diesen Jahres zu lesen: „Großflächige Einkaufszentren stehen auf der Einkaufsliste von Immobilieninvestoren derzeit ganz oben.“ Denn die derzeitige Shopping-Center-Rendite liegt bei 5,25 %, bei Nebenlagen sogar bei 6 % und ist deutlich höher als bei Büroobjekten.

Eine solche Rendite können die Investoren Bauwens-Adenauer und die MFI AG nur erzielen, wenn sie ein großes, massives Einkaufszentrum auf dem Heliosgelände bauen, die Verkaufsstellen in der Venloer Straße ruinieren und auch der Innenstadt und anderen Einkaufszentren massiv Kunden abwerben.

Deshalb brauchen wir eine andere Nutzung auf dem Heliosgelände und eine Verdichtung in der Venloer Straße.

Jörg Detjen



Fortsetzung von Seite 1: Haushalt fristgerecht einbringen

Wenn der Rat eine wirkliche Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen der Gesellschaft haben will, muss er kalkulierbar sein. Die freien und sozialen Träger müssen weit im Voraus wissen, wann die Haushaltsberatungen stattfinden, damit sie sich darauf einstellen können und sich auch einmischen können. Sie müssen ja auch ihren Haushalt erstellen.

Das Gleiche gilt für den Bürgerhaushalt. Er funktioniert nur, wenn alle Akteure auf Augenhöhe miteinander kommunizieren. Es darf nicht sein, dass ein Bürgerhaushalt ausfällt. Und noch viel schlimmer ist, wenn sich die Parteien, die den Haus-

halt beschließen, die Vorschläge rauspicken, die ihnen in den Kram passen. Das ist dieses Jahr geschehen.

SPD und Grüne haben einen Vorschlag gemacht, ohne auf die anderen Parteien zuzugehen. Ein Unding in einem Bürgerhaushaltsverfahren!

Die Haushaltspolitik muss der Rat steuern und dazu einen angemessenen Vorlauf haben. Wir müssen ein geordnetes Bürgerhaushaltsverfahren garantieren. Wir haben derzeit eine Chance, die bisherige Praxis zu ändern.

Noch ist es möglich, einen Haushaltsentwurf 2012 rechtzeitig einzubringen und in ein geordnetes Verfahren überzugehen. Deshalb: Stoppen wir das Haushaltschaos!

Jörg Detjen

Stadt drückt Kosten der Unterkunft

Entgegen der Wohnraumnutzungsbestimmungen, die in NRW Grundlage zur Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft darstellen und einen angemessenen Wohnraum für eine Einzelperson in Höhe von 50 qm festlegen, hat der neue Arbeits- und Sozialminister von NRW, Guntram Schneider, diese auf 45 qm abgesenkt.

Dieses kann jetzt von den Kommunen verstärkt als Mittel zur Senkung der Kosten der Unterkunft angewendet werden und Erwerbslose, ob einzeln oder mit Familie, dazu zwingen, ihren Wohnraum zu wechseln. Bei diesen Aufforderungen wird übersehen, dass eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung einer solchen Maßnahme der Nachweis von vorhandenem angemessenem Wohnraum ist. Dies wird den ‚Kunden‘ der ArGe in der Regel nicht mitgeteilt.

In der neuesten Arbeitshilfe aus dem Oktober findet sich auch die Aufforderung, die Warmwasserkosten gänzlich aus den Kosten der Unterkunft herauszurechnen. Dieses widerspricht ersten sozialgerichtlichen Urteilen. Sie verweisen darauf, dass Warmwasserkosten, auch wenn Vorrichtungen zur getrennten Ablesung installiert sind, nicht im Einzelnen einem zuzuweisenden Energieverbraucher zugeordnet werden können. In Gebäuden mit mehreren

Mietparteien sind der Verbrauch und demzufolge die Bereitstellungskosten für den Einzelnen nur in geringem Maß steuerbar. Hinzu kommen die stetig steigenden Energiekosten, sodass sogar bei gesunkenem Verbrauch die Kosten gestiegen sind.

Diese Praxis, den Einzelnen auf den Energiekosten sitzen zu lassen, wird auch verstärkt von der ArGe Köln umgesetzt. Das führt z.T. zu solch haarsträubenden Situationen, dass Erwerbslose eine Nachzahlungsaufforderung von ihrem Vermieter erhalten und gleichzeitig ihre Regelleistungen gekürzt werden. Warmwasser sei aus dem Regelsatz zu zahlen.

So entstehen nach den fiktiven Berechnungen der ArGe plötzlich ‚Guthaben‘ in Höhe von mehreren Hundert Euro, die den Einzelnen dazu zwingen, diese mit einem Darlehen auszugleichen. Womit eine weitere Schuldenspirale in Gang gesetzt wird.

Wir fordern die Stadt Köln auf, diese Verarmungspraxis zu unterlassen und ihre Energien auf die Entwicklung und Verwirklichung von sinnvollen und zukunftssichernden Konzepten zu lenken, die dem Schuldendruck entgegenwirken.

Elisabeth Sachse,
Gisela Stahlhofen

Mittagessenpreis in Kitas soll erhöht werden

Eltern sollen sich am zusätzlich eingestellten Personal beteiligen

DIE LINKE wird im Rat ebenso wie im Jugendhilfeausschuss eine Erhöhung der Mittagessenpreise in Kindertagesstätten ablehnen. Bisher kostet eine Mahlzeit 1,90 Euro. Nun soll der Preis auf 2,50 Euro steigen. Die ermäßigten Preise von 1,00 Euro sollen dagegen erhalten bleiben.

Hintergrund der geplanten Erhöhung ist die Umsetzung des Tarifvertrages. Die Erzieherinnen und Erzieher werden entlastet, weil nun eine Stunde am Tag eine Zusatzkraft beim Mittagessen zubereiten hilft.

Zu diesem Entgegenkommen hatten sich die kommunalen Arbeitgeber am Ende des ErzieherInnenstreiks in Kindertagesstätten bereit erklärt.

Gestiegene Essenspreise aufgrund gestiegener Lebensmittelpreise entbehren nicht einer gewissen Logik. Doch das nun Eltern für die längst überfällige Entlastung der Erzieherinnen zahlen sollen, ist ein Armutszeugnis der Politik. Mit dem U3-Ausbau und der Sprachförderung – um nur einige der gestiegenen Lasten zu nennen –

trägt diese Berufsgruppe die Belastung für gesellschaftlich als notwendig erkannte Reformen. Gleichzeitig beteiligt sich die Gesellschaft als Ganzes aber nur unzureichend an der Entlastung dieser ArbeitnehmerInnen, etwa in dem der Personalschlüssel in Kindertagesstätten den Aufgaben angepasst wird oder die ErzieherInnen einen angemessenen Lohn erhalten. Dass nun die Eltern diese kleine Entlastung tragen sollen, hält DIE LINKE für unsolidarisch.

Gisela Stahlhofen



Ratsmitglied Sengül Senol (1. Reihe, Mitte) nahm an der Gedenkveranstaltung in Köln zum Massaker an der Bevölkerung Dersims 1937/38 teil. Etwa 700 Dersimane besuchten die Gedenkstunde.

Foto: Ibrahim Tas

Kunst- und Museumsbibliothek erhalten

In den Kürzungsideen der Kölner Stadtverwaltung zur Sanierung des Kölner Haushaltes taucht auch die Schließung der Kölner Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) auf. Eine Million Euro verspricht man sich davon. Beschlossen wurde diese Schließung bislang nur deshalb nicht, weil sie nicht sofort umsetzbar ist und deshalb nicht Teil des Doppelhaushaltes 2010/11 werden konnte.

DIE LINKE ist der Ansicht, dass die Stadtverwaltung die Bedeutung der KMB für Köln völlig unterschätzt. Die Kunst- und Museumsbibliothek wird von der Kunstwissenschaft genutzt, von Medien, Kunstautoren oder auch dem Kunsthandel. In der Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts ragen weltweit nur wenige Bibliotheken an den Umfang und die Qualität des Bestands der Kunst- und Museumsbibliothek heran. Für Unternehmen in den Bereichen Medien und Kunst ist die KMB deshalb ein wichtiger Standortfaktor, der für Köln spricht.

Auch die Studiengänge im Bereich der Kunst- und Kulturwissenschaften gewinnen einen guten Teil ihrer Attraktivität daraus, die KMB vor Ort zu haben.

Wegen ihrer Bedeutung hat die KMB über mehr als dreißig Jahre Fördermittel von der Deutschen Forschungsgemein-

schaft erhalten. Zudem hat sie über die Jahre eine Vielzahl von Schenkungen erhalten. Bislang ist völlig ungeklärt, ob mit diesen Förderungen und Schenkungen auch rechtliche Verpflichtungen verknüpft sind. Eine mögliche Verpflichtung könnte sein, die so erworbenen Bestände der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Eine Schließung könnte in diesem Fall zu nicht absehbaren Rückforderungen führen.

Neben der rechtlichen steht aber auch eine politische Verpflichtung. Es lässt sich kaum rechtfertigen, öffentliche Förderungen und Sammlungen von Privatleuten anzunehmen, in denen teilweise große finanzielle Werte und viel persönliches Engagement steckt, und diese dann im Keller verstauben zu lassen. Es ist zu erwarten, dass ein solches Vorgehen Einfluss auf zukünftige öffentliche Förderung und private Schenkungen haben wird.

Für die Behauptung, durch eine Schließung der KMB eine Million Euro einsparen zu können, hat die Verwaltung bislang keine belastbare Rechnung vorgelegt. Die Zahl scheint ins Blaue hinein aufgestellt worden zu sein. Die Verwaltung hat nicht bedacht, dass durch eine Schließung Kosten verlagert werden bzw. neue entstehen. Die Bestände der Bibliothek würden auf das Museum Ludwig, das Museum für an-

gewandte Kunst und das Wallraf-Richartz-Museum aufgeteilt und diese wiederum müssten entsprechende Lagerflächen bauen oder anmieten. Das Wallraf-Richartz-Museum fordert deswegen bereits einen Anbau, in dem die KMB-Bestände untergebracht werden können.

Zudem hat die KMB bislang Dienste für die städtischen Museen erfüllt, wie die Buchbinderei und die fotografische Dokumentation von Ausstellungen. In Zukunft müssten die Museen entweder selbst Personal für diese Dienste einstellen oder, was erheblich teurer wäre, externe Betriebe beauftragen.

Die Ungereimtheiten und die absehbaren negativen Folgen einer Schließung der KMB für Köln hat DIE LINKE zum Anlass genommen, eine Anfrage in den Wirtschaftsausschuss einzubringen. Zudem haben die Mandatsträger der LINKEN aus Rat, Ausschüssen und den Bezirksvertretungen sich vor Ort ein Bild von den Leistungen und der Bedeutung der Kunst- und Museumsbibliothek gemacht.

DIE LINKE sieht die begründete Hoffnung, dass Rat und Verwaltung sich auf der Basis umfassender und detaillierter Informationen gegen eine Schließung der Kunst- und Museumsbibliothek wenden werden.

Inzwischen gibt es Anzeichen, dass in der Stadtverwaltung ein Umdenken eingesetzt hat. Gerade wurde ein Architektenwettbewerb für den Neubau des Kölner Stadtarchivs am Eifelwall ausgeschrieben. Die Beiträge für diesen Wettbewerb sollen die Kunst- und Museumsbibliothek als Teil des Gebäudes berücksichtigen. Öffentlich mag sich die Stadtverwaltung jedoch noch nicht zu einem Erhalt der Bibliothek bekennen.

Jörg Detjen,
Wilfried Kossen

Frauen unterm Hakenkreuz. Das Rollenbild der Frau im Nationalsozialismus und in der heutigen rechten Szene.

Vortrag von Regina Hiertz und Andreas Brings

Eintritt frei

Spende zugunsten des Vereins LOBBY FÜR MÄDCHEN erbeten
25.11.2010, 19:30 Uhr, Pfarrsaal St. Martinus, Alteburger Str. 74

Aus den Ausschüssen

■ Soziales und Senioren

„Job-Speed-Dating“ – der letzte Schrei bei der ARGE Köln

Auf der letzten Sitzung wurde den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Senioren vom Geschäftsführer der ARGE, Klaus Müller-Starmann, mitgeteilt, dass am 9. November im RheinEnergie Stadion ein so genanntes „Job-Speed-Dating“ stattfinden wird. Dort sollen sich Erwerbslose und potentielle Arbeitgeber im Minutentakt kennen lernen und so Arbeitsverhältnisse angebahnt werden. „Mit diesem Experiment möchte die ARGE neue Wege gehen“, so die Aussage der Geschäftsführung. Auf Nachfrage wurden dem Ausschuss weitere Informationen scheinweise präsentiert. So haben sich 60 Firmen für dieses „Event“ angemeldet, darunter natürlich auch einige Zeitarbeitsfirmen. Von der ARGE wurden 1.000 Erwerbslose zu diesem Experiment „eingeladen“. Die Teilnahme sei, so Geschäftsführer Klaus Müller-Starmann, freiwillig. Aber wie die Freiwilligkeit bei der ARGE aussieht, ist ja hinlänglich bekannt.

Über die Kosten der Veranstaltung machte die ARGE nur nach mehrfacher Nachfrage äußerst unkonkrete Angaben. So zahlt die ARGE 400 Euro je Teilnehmer an den Veranstalter; das macht in der Summe 400.000 Euro aus! Der Großteil dieser Summe wird für die Anmietung der Logen im RheinEnergie Stadion aufgewendet. Über die Kosten der Flyer und der Informationen für die Unternehmen wurden keine Angaben gemacht.

Für die nächste Sitzung des Ausschusses wurden konkrete Informationen und ein Bericht vom Verlauf des „Job-Speed-Datings“ gefordert. Eine Liste der Arbeitgeber und eine Bilanz über die abgeschlossenen Arbeitsverträge interessieren wohl alle Mitglieder des Ausschusses; wenn auch aus unterschiedlichen Motiven.

Richard Klein

■ Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Mehr schwerbehinderte Menschen in die Stadtverwaltung

Im Moment haben 6,41 % aller Beschäftigten der Stadt Köln eine Behinderung. Dabei erfüllt die Verwaltung zwar die Mindestquote von 5 %. Auffällig ist aber, dass einzelne Dezernate dabei ihre Verpflichtung übererfüllen, wobei andere die vorgeschriebene Quote unterschreiten. Die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber hat aber eine beson-

dere Vorbildfunktion. Es ist also noch viel zu tun. In der letzten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft wurde folgerichtig ein Antrag der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen angenommen, den DIE LINKE unterstützte, die Quote bei der Stadt auf 10 % zu erhöhen.

DIE LINKE fragte bereits im Juni nach der Bereitschaft der Stadt Köln, Beschäftigte aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen einzustellen. Die erst jetzt gegebene Antwort war ernüchternd. Die Kommune bekundete zwar ihre generelle



Foto: LVR

Bereitschaft, „schwerbehinderten Menschen Chancen auf eine Beschäftigung anbieten zu können“. Doch dazu seien Stellen mit „vorwiegend einfachen Tätigkeiten“ notwendig. „Diese werden jedoch zunächst den eigenen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeboten, die aus verschiedenen Gründen ihre Leistung nicht mehr in vollem Umfang erbringen können. Daher sieht die Stadt Köln derzeit keine Möglichkeit, entsprechende Stellenangebote für den angefragten Personenkreis unterbreiten zu können.“

So einfach ist es natürlich nicht. Die Stadt und die den Haushalt beschließenden Parteien, in den letzten Jahren sowohl SPD und Grüne als auch CDU und FDP, haben vieles versucht, um „vorwiegend einfache Tätigkeiten“ zu outsourcen. Dazu gehört die versuchte Privatisierung der Sargträger ebenso wie die gewollte Auslagerung der Wäscherei aus den stadteigenen Sozialbetrieben Köln (SBK). Gegen beides hat DIE LINKE erfolgreich gekämpft.

Erst im gerade eben beschlossenen Haushalt ist das Ende der städtischen Gärtnerei besiegelt worden. Doch gerade diese Geschäftsfelder, Gärtnerei und Wäscherei, sind neben dem Catering die Branchen, in denen es besonders viele Integrationsunternehmen (Unternehmen mit mindestens 25-50 % schwerbehinderten Beschäftigten) gibt. Der Kampf der LINKEN für den Erhalt dieser städtischen Jobs ist auch ein

Kampf für mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für behinderte Menschen.

Michael Kellner

■ Jugendhilfe

Bei Mehreinnahmen Kürzungen zurücknehmen?!

Beim Sparhaushalt 2010/11 hat die Ratsmehrheit gegen die Stimmen der LINKEN auch vor Kürzungen beim Etat für Kinder und Jugendlichen nicht Halt gemacht. Immerhin haben die Kinder- und Jugendpolitiker aller Parteien in einem Zusatzantrag dafür gestimmt, etwaige Mehreinnahmen oder Wenigerausgaben dazu zu verwenden, die Kürzungen im Jugendhilfebereich rückgängig zu machen.

Mehreinnahmen sind absehbar. Das Verwaltungsgericht hatte kürzlich das Land dazu verurteilt, einen angemessenen Ausgleich für die Kosten von 77 Mio. Euro zu leisten, die die Stadt Köln der Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige von 2009-2013 kostet. Wie viel, wann, auf welchem Wege fließen wird, ist noch unklar. Allerdings hat das Land NRW seine generelle Zahlungsbereitschaft erklärt.

DIE LINKE wollte nun von der Verwaltung wissen, ob dieses Geld nicht in den Abbau von Kürzungen einfließen kann. Denn ausgegeben bzw. eingeplant ist das Geld sowieso. Schließlich sind im Haushalt die Mittel für den Ausbau auf 40 % an Plätzen bereits veranschlagt. Jegliche Zahlungen von Landeseite sind also zusätzliche, bisher nicht eingeplante Mittel, die in die Haushaltskasse fließen werden.

Die Verwaltung erteilte dieser Hoffnung einen Dämpfer. Einerseits hat der Rat der Stadt als das höhere Organ beschlossen, „dass unterjährig auftretende Verbesserungen nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden dürfen. In der Bewirtschaftung realisierte haushaltsmäßige Verbesserungen sollen grundsätzlich zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzerhaltung verwandt werden.“

Außerdem ist die Verwaltung der Ansicht, dass „etwaige Finanzierungsbeiträge des Landes im Bereich des U3-Ausbaus [...] zunächst zweckgebunden für die entsprechenden Aufgaben einzusetzen [wären] und [...] nicht unmittelbar zur Rücknahme der Kürzungen z. B. im Trägerbereich verwandt werden [könnten].“

Ein stärkerer Ausbau ist allerdings nicht vorgesehen. Die so freiwerdenden Mittel werden also zum Schuldenabbau und da-

mit ebenfalls nicht zweckgebunden eingesetzt. DIE LINKE wird diesen Widerspruch weiterhin thematisieren.

Gisela Stahlhofen

■ Schule

Gesamtschule Nippes wird Ganztagschule

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung im Februar dieses Jahres einer Dringlichkeitsentscheidung zur Inbetriebnahme der Gesamtschule in der Brehmstraße als Halbtagschule zugestimmt. Gleichzeitig beauftragte er die Verwaltung, die Ablehnung des Ganztagsbetriebes in einem Verwaltungsgerichtsverfahren überprüfen zu lassen. Die Genehmigung zum Betrieb der Gesamtschule als Ganztagschule sollte eingeklagt werden und entsprechend des Ratsbeschlusses schnellstmöglich eingeführt werden. Die neue rot-grüne Landesregierung hat mit ihrem Koalitionsvertrag die Weichen neu gestellt. Oberbürgermeister Roters hat die Schulministerin in einem Schreiben gebeten, die Bezirksregierung anzuweisen, umgehend die Genehmigung zum Ganztagsunterricht zu erteilen.

Ministerin Sylvia Löhrmann bestätigte jetzt schriftlich, dass eine gute Gesamtschule nur als Ganztagschule sinnvoll ist. Sie will die Bezirksregierung anweisen, den Ganztagsunterricht an der Gesamtschule in Köln-Nippes zu genehmigen, sobald die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind. Die Einführung des Ganztagesunterrichts an der Gesamtschule in Nippes kann deshalb erst ab dem zweiten Schulhalbjahr 2010/11 erfolgen.

Spät, aber nicht zu spät. DIE LINKE. Köln hat sich von Anfang an für den Betrieb von Gesamtschulen als Ganztagschule ausgesprochen. Wir fordern in unserem Kommunalwahlprogramm neben dem Ausbau des Gesamtschulsystems auch den Ganztagsunterricht. Kinder und Jugendliche sollen bis in den Nachmittag zusammen leben, spielen und lernen können.

Sengül Senol

■ Kunst und Kultur

Mehr Aufwendungen für Museum Ludwig und Puppenspiele

Am 22. November 2010 kam der Ausschuss für Kunst und Kultur zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen nur zwei Themen: Mehraufwendungen beim Museum Ludwig und bei den Puppenspielen.

Die Mehraufwendungen bei den Puppenspielen betragen 165.200 Euro für das Jahr 2010. Noch dramatischer ist die Situation beim Museum Ludwig. Hier beträgt das Defizit über 2,45 Millionen Euro. Die Mitglieder des Kulturausschusses waren



Am 23.10. gingen bundesweit ca. 20.000 Menschen zum „CastorStreckenAktions-tag“ auf die Straße, um gegen Atomtransporte zu demonstrieren. Auch an der Bahnstrecke in Köln-Ehrenfeld, über welche Atomtransporte von Jülich nach Ahaus führen, trafen sich rund 150 bis 200 Aktive, darunter viele LINKE.

empört über diese Anträge und fragten, warum diese nicht schon im Rahmen der Haushaltsdebatte gestellt worden sind. Die Verwaltung konnte diese Frage nicht schlüssig beantworten. Des Weiteren wollten die Ausschussmitglieder die Gründe für die Mehrausgaben wissen.

Die Mehrausgaben bei den Puppenspielen entstanden laut Verwaltung durch zu geringe Ansätze bei den Energiekosten, der Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (Tantiemen) und Gebühren für Köln Ticket, GEMA und GEZ. Laut Verwaltung sei das Defizit beim Museum Ludwig ebenfalls auf gestiegene Energiekosten, eine Umorganisation des Service- und Bewachungsdienstes, der Bauunterhaltung (z. B. die Reparatur von Wasserrohrbrüchen) und einem Mehrbedarf bei Sonderausstellungen zurückzuführen. Dazu kommen noch die Wartungskosten für die Alarmanlagen aller Kölner Museen, welche alle über das Museum Ludwig abgerechnet werden.

In der Diskussion stellte sich auch heraus, dass ein großer Teil der Mehrausgaben durch die alten Gebäude und eine veraltete Gebäudetechnik verursacht worden sind. Hier bedürfte es einer Grundsanie rung. Die Vorlagen wurden ohne Votum an den Rat zur Verabschiedung verwiesen.

Wir fordern von der Verwaltung, zukünftig mögliche Defizite rechtzeitig offen zu legen und den Ausschuss und den Rat als die politisch Verantwortlichen in den Entscheidungsprozess einzubinden.

Sengül Senol

■ Stadtentwicklung

Mülheim 2020

Mülheim 2020 ist ein Programm zur Entwicklung der Stadtteile Mülheim, Buchforst und Buchheim. Es sind 47 Projekte zur Wirtschaftsentwicklung, Bildung und im Städtebau geplant. Das Geld hierzu, insgesamt etwa 40 Millionen Euro, wird größtenteils von der EU über den Europäischen

Fonds für Regionale Entwicklung bereitgestellt. In geringerem Maße sind auch der Bund und das Land NRW beteiligt.

In dem Projekt kam es bislang zu deutlichen Verzögerungen. In 2007 wurde mit den Planungen begonnen. Die agiplan GmbH, eine Gesellschaft zur Stadtentwicklung, wurde beauftragt ein Konzept für Mülheim 2020 zu erarbeiten. Dieses wurde im Mai 2009 im Rat beschlossen und soll seitdem umgesetzt werden.

Wie eine Anfrage der LINKEN im Stadtentwicklungsausschuss ergab, werden erst Ende 2010 die ersten Projekte ausgeschrieben. Dies sind die Projekte „Stadtteil mütter“, „Mülheimer Job.Factory“ und „Frau und Beruf“.

Die „Stadtteil mütter“ sollen im Veedel Familien zu Erziehungs- und Gesundheitsfragen, zum Spracherwerb, zu Bildung und zur Arbeitssuche Hilfe geben. Die Mülheimer Job.Factory soll Langzeitarbeitslose qualifizieren und das Projekt „Frau und Beruf“ zielt auf den (Wieder-)Einstieg von Frauen ins Erwerbsleben ab.

Die Verwaltung begründet diese Verzögerungen damit, dass das EU-Vergaberecht in der Zeit der Projektplanung geändert wurde. Aus diesem Grund habe man eine Anwaltskanzlei beauftragt, die Ausschreibungstexte zu überarbeiten. Der Großteil der Projekte kann laut Verwaltung erst nach Februar/März 2011 ausgeschrieben werden.

Diese Situation führt in Mülheim zu Ärger und Sorge darüber, ob die Projekte überhaupt noch im von der EU gesetzten Zeitrahmen umgesetzt werden können. Offizielles Ende des Programms Mülheim 2020 ist nämlich Ende 2013. Die Verwaltung plant, bei der EU eine Verlängerung bis Ende 2014 zu beantragen. Projekte, die bis dahin nicht umgesetzt und abgerechnet sind, wird Köln nicht von der EU erstattet bekommen, sondern selbst bezahlen müssen. Viele Projekte sind jedoch auf drei Jahre angelegt, manche ursprünglich sogar auf fünf Jahre.

Michael Weisenstein

Aus den Bezirksvertretungen

■ Ehrenfeld



Die Edelweißpiraten Jean Jülich, Fritz Theilen und Wolfgang Schwarz vor dem neu gestalteten Denkmal zur Erinnerung an die Edelweißpiraten. Diese Gruppe von jugendlichen Widerstandskämpfern wurde bis in dieses Jahrtausend hinein als kriminelle Jugendbande denunziert. Erst 2003 wurden die Edelweißpiraten als NS-Widerstandskämpfer anerkannt. Am 10. November gedachten Kölnerinnen und Kölner der Erhängung von mehreren Jugendlichen vor 66 Jahren.

Foto: www.arbeiterfotografie.com

■ Kalk

AK stützt LINKE Position in Aufzugsfrage

Seit Monaten steht die Forderung nach einem Aufzug an der Haltestelle Vingst. Seniorenvertretung, Kirchen und sämtliche in der Bezirksvertretung vertretenen Parteien favorisieren diesen Standort vor dem vorgesehenen an Kalk-Post. Einzig der LINKE-Bezirksvertreter HP Fischer stimmte mehrfach dagegen. Jetzt kommt Unterstützung vom Arbeitskreis der Behindertenverbände, die nochmals ihre und Fischers Position bekräftigen und Kalk-Post als dringlicher ansehen. Vingst könnte jedoch früher realisiert werden als befürchtet, wenn dafür ein linksrheinischer Aufzug später gebaut wird.

HP Fischer

■ Nippes

Die Zukunft des Clouthgeländes

Den Mietern des Clouthgeländes ist zum 31.3.2011 gekündigt worden. CAP-Colo-

gne, eine Gemeinschaft von Künstlern, nutzt einige der Hallen auf dem Clouthgelände als Ateliers, die Halle 10 auch als Ausstellungsraum.

Von der Stadt wurde die Zukunft des Geländes in einem Bebauungsplan sowie Finanz- und Businessplan vorgeschrieben. Dieser sieht bis auf den Erhalt von einigen denkmalgeschützten Gebäuden des ehemals industriell genutzten Areals die „Sanierung“, also den Abriss vor. Die Halle 10 „ist im Bebauungsplan überplant und zukünftig für eine Wohnnutzung vorgesehen“. In der Vermarktungskalkulation sind bereits die entsprechenden Erlöse eingestellt.

Die Künstler-Gemeinschaft CAP-Cologne will die Halle 10 als Atelier und Ausstellungshalle für Nippes erhalten und hat einen alternativen Finanz- und Businessplan erarbeitet. Dieser wurde von der Stadt begutachtet, aber eine abschließende Bewertung liegt noch nicht vor, im Gegensatz zur Kündigung. Den Künstlern wurden von der Stadt Ausweichateliers in Poll und Mülheim angeboten.

Die Ateliers in Poll sind jedoch ungeeignet und die in Mülheim können erst ab Juli genutzt werden. Was fehlt, ist eine klare Rückkehrzusage für Nippes und eine Zusage, dass das Projekt Halle 10 für Nippes erhalten bleibt. Vollkommen unklar ist auch, wann die Künstler eventuell zurückkehren können.

Am 13.7.2010 hat der Rat beschlossen, dass eine Projektentwicklungsgesellschaft gegründet wird, die die Sanierung und Vermarktung betreiben soll, aber bis heute ist diese nicht Wirklichkeit geworden. Das einzige, was bisher Wirklichkeit geworden ist, ist die Kündigung.

„Die Künstler bleiben auf jedem Fall auf dem Gelände. Wo genau, müssen wir aber noch überlegen“, sagte Oberbürgermeister Roters im Mai 2010. Hoffentlich können sich die Künstler auf sein Wort verlassen.

Andree Willige

■ Rodenkirchen

Fahrplananpassung am „Oberer Komarweg“

Besucher des Südfriedhofs klagen schon seit längerer Zeit darüber, dass die Buslinie 131 an der Haltestelle „Oberer Komarweg“ nicht in Einklang mit den Öffnungszeiten des Friedhofs verkehrt. Aus diesem Grund habe ich einen Antrag eingebracht, der diesen Zustand beenden und eine generelle Änderung der Fahrzeiten entlang der Buslinie 131 bringen soll.

Die Abfahrzeiten der Linie 131 Richtung Sülz und Sürth stehen in großer Dis-

krepanz zu den Öffnungszeiten des Friedhofs. Kann man den Friedhof mit der Straßenbahnlinie 12 sehr gut erreichen, hier gibt es zu den Öffnungszeiten keinerlei Probleme, sieht es an der Haltestelle „Oberer Komarweg“ genau anders aus.

Ältere und gehbehinderte Menschen müssen, wenn der letzte Bus abgefahren ist, den oftmals für sie beschwerlichen Weg zurück zum Höniger Platz nehmen, um dort in die Linie 12 einsteigen zu können. Mitunter dauert so ein Weg, je nach Grad der Behinderung, über 20 Minuten. Dies empfinden die betroffenen Bürgerinnen und Bürger als unzumutbar. Hier muss also in naher Zukunft etwas geschehen.

Mein Antrag sieht vor, dass die Verwaltung die KVB beauftragt, eine Anpassung ihres Fahrplans zur nächsten Aktualisierung der Fahrpläne vorzunehmen. So sollte die letzte Abfahrt 10-15 Minuten nach Schließung des Friedhofs stattfinden. Die Wegstrecke und die Fahrzeiten der Busse würden nicht sonderlich verlängert. Die Fahrzeit z. B. würde sich nur unwesentlich, ca. 1 Minute, verändern. Kunden und Angestellte umliegender Lebensmittelmärkte würden ebenfalls von einer Änderung der Fahrzeiten

März	
April - September	08:00 - 18:00 Uhr
Oktober	07:00 - 20:00 Uhr
November - Februar	07:00 - 19:00 Uhr
allerseelen (02.11.)	schließt der Friedhof um 18:00 Uhr

Öffnungszeiten des Südfriedhofs

profitieren. Sie müssten dann nicht erhebliche Umwege in Kauf nehmen, wenn ihre Wohnungen mit dieser Buslinie in deutlich kürzerer Zeit erreichbar wären. Deswegen habe ich den Antrag so ausgestaltet, dass dieser sowohl für Kunden und Angestellte umliegender Märkte, aber eben auch für Friedhofsbesucher des Südfriedhofs endlich erhebliche Erleichterungen verschafft.

Dieser Antrag wurde zunächst in einen Prüfauftrag umgewandelt, aber so erst einmal angenommen. Ich werde am Thema dranbleiben.

Berthold Bronisz

■ Chorweiler

Ist Haus Föhlingen noch zu retten?

Die Geistergeschichten, die sich um die schöne, denkmalgeschützte Ruine des Hauses Föhlingen unweit des südlichen Ortseingangs von Föhlingen an der Neusser Landstr. 5 ranken, sind nichts im Vergleich zu dem Katz-und-Maus-Spiel, das sich Eigentümer und Stadtverwaltung liefern, seit-

dem Jens Liewald das Haus vor einigen Jahren erwarb.

Nach Jahren der Agonie, in denen der Kölner Stadtanzeiger immer mal wieder



Haus Fühligen: Vorne wenigstens ein bisschen hui...



... hinten nur noch pfui...

den Baubeginn oder die schnelle Sanierung ankündigte, ist praktisch nichts geschehen, um den Verfall der Ruine aufzuhalten. Die erste Baugenehmigung lief Ende 2009 aus, der im Mai 2010 angekündigte 2. Bauantrag ist bisher bei der Stadt nicht eingetroffen. Auch die Erhaltungsmaßnahmen, die vom Eigentümer bis zum 31. Mai umgesetzt werden sollten, lassen auf sich warten. Haus und Grundstück können weiter mühelos betreten werden, und damit bleibt auch die Gefährdung der Öffentlichkeit bestehen.

„Kann man den Eigentümer wegen dieser Passivität gemäß Denkmalschutzgesetz NRW enteignen?“ fragte die LINKE u. a. in der Bezirksvertretung Chorweiler. „Im Prinzip ja“, antwortete die Verwaltung, fügte aber gleich einschränkend hinzu, dass die Enteignung nicht als geeignetes Mittel zur Erhaltung des Denkmals angesehen werde, weil die Stadt dann für Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen wie auch eine Entschädigung des Eigentümers aufkommen müsse. Letzterer will aber auch nicht verkaufen, obwohl es offenbar einige seriöse Interessenten gibt.

Dann bleibt es wohl beim Schrecken ohne Ende.

Dieter Wernig

■ Kalk

Spurlos verschwunden

Die auf einem ehemaligen Exerzierplatz angelegte Merheimer Heide in Köln-Hö-

henberg ist Teil des rechtsrheinischen Äußeren Grüngürtels. Für die Bürger der rechtsrheinischen Stadtteile ist das circa 80 Hektar große Gelände ein attraktives Erholungsziel, das zu ausgedehnten Spaziergängen und zu vielerlei sportlichen Aktivitäten einlädt. Um dort auch verschnaufen oder verweilen zu können, befanden sich auf dem Gelände dereinst sieben Bänke, je drei auf den beiden Hauptwegen.

Die Verwaltung lässt keine Gelegenheit aus, die Bezirksvertreter auf die hohen Anschaffungs- und Montagekosten für Bänke hinzuweisen, wenn diese einmal mehr Bänke für bestimmte Orte in ihrem Bezirk vorschlagen. Aber selbst die teuren und am Boden befestigten Metallbänke auf der Merheimer Heide scheinen vor Vandalismus und Diebstahl nicht gefeit zu sein. Bei der Montage neuer Bänke wird der Bankfuß ca. 50-60 cm tief mit Beton im Boden verankert. Eine Demontage der Bank ist somit nur unter erheblichem Aufwand zu bewerkstelligen. Als wären die Bänke aus intelligentem Birnbaumholz machten sie sich dennoch eines Tages auf den Weg durch die Heide. Rasen mähende Gärtner umfuhren sie zielgenau und reinigende Mitarbeiter kehrten um sie herum. Da städtische Bänke aber zumeist nicht aus intelligentem Birnbaumholz bestehen, hatten wohl Menschen Hand angelegt. Aus irgendwelchen oder besonderen Gründen waren die Bänke von ihren Bodenverankerungen gelöst worden. Dann standen sie eine ganze Zeit mal hier, mal dort im Weg herum und schließlich sind nun vier Bänke verschwunden.

Da es seit geraumer Zeit den der Heide fest zugeordneten Gärtnertrupp nicht mehr gibt und somit auch niemanden, der sich um „seine“ Heide und ihre Möblierung kümmert, scheint das Phänomen der „abwanderungswilligen“ Bänke auch niemandem aufzufallen oder zu interessieren. So schreibt die Verwaltung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der LINKEN in der BV: „Die Verwaltung hat keine Kenntnis über das Lösen und Verschwinden von Bänken in der Merheimer Heide.“

Auch die Autobarrieren zur Merheimer Heide sind öfter geöffnet, als dies nötig ist. Die Zufahrten zu den Anlagen sind mit einer herkömmlichen Dreikantschließenanlage an Barrierschranken gesichert. Das Anbringen von Schlössern als zusätzliche Sicherung gegen verbotswidriges Befahren der Anlage hat sich als nicht durchsetzbar herausgestellt, da die Schlösser jeweils nach wenigen Tagen aufgebrochen waren. Es herrscht wohl reger Autoverkehr, denn auch die erst vor rund zwei Jahren erneuerten Zuwegungen zum kleinen Sportplatz und dem gegenüber liegenden Westernhäuschen werden durch immer größer werdende Schlaglöcher zerstört.

In einem oder mehreren dieser dort verkehrenden Autos könnten die Bänke

das Gelände verlassen haben, um eine andere Bleibe zu suchen.

HP Fischer

■ Mülheim

Hubschrauberstation auf dem Kalkberg vor Realisierung?

Die zuständige Bezirksregierung in Düsseldorf hat den Kalkberg als neuen Standort des Rettungshubschraubers genehmigt. Auf Antrag der Stadt Köln liegt mittlerweile sogar eine Anordnung auf sofortige Vollziehung der luftrechtlichen Genehmigung für einen Hubschraubersonderlandeplatz vor.

Am 28.10 hatte der Flughafen Köln/Bonn ein Angebot zur Stationierung des Rettungshubschraubers gemacht. Gegen diesen Standort gibt es – anders als am Kalkberg – keine Bürgerproteste. Die berechtigten Proteste und Klagen der Buchforster sind durch die neuere Entwicklung nicht ausgeräumt. Doch die Stadt will dem Angebot des Flughafens anscheinend nicht folgen. Obwohl die Verwaltung es in der Kürze der Zeit gar nicht prüfen konnte, wird es vom Stadtdirektor nur ablehnend vorgestellt.

Die Kosten zur Errichtung der Hubschrauberstation haben sich nach Angaben der Verwaltung mittlerweile verdreifacht. Der Eigentümerin des Kalkberges, die eigentlich bauen und an die Stadt vermieten sollte, soll jetzt ein Kaufangebot unterbreitet werden. Da die Stadt Köln selbst die Alternativlosigkeit des Grundstücks betont, ist mit entsprechend hohen Kaufpreisforderungen zu rechnen. Auch entgangene Mieten werden sicher in den Preis einfließen.

Vor fünf Jahren beschloss der Rat gegen die Stimmen der LINKEN, dass der Kalkberg zur Hubschrauberstation werden soll. Obwohl es angeblich keine Alternative zu Buchforst gibt, läuft der Betrieb seit dieser Zeit von der Flughafenstation weiter. Jetzt eine Dringlichkeit zu konstruieren ist mehr als albern, zumal ein Angebot für einen anderen Standort vorliegt.

Der Standort Kalkberg birgt noch ein zusätzliches Risiko. Eine Klage von Anwohnern gegen den Landeplatz ist noch nicht entschieden. Wenn die Gerichte den berechtigten Beschwerden der Buchforster Bürger letztinstanzlich Recht gäben, müsste die teure Station wieder geschlossen werden. Dieses Risiko wird vom Stadtdirektor mit der Argumentation in Kauf genommen, dann wenigstens für eine gewisse Zeit den Betrieb des Hubschraubers optimiert zu haben.

Die Stadt spielt ein unverantwortliches Spiel, wenn sie sich auf nur einen Standort konzentriert. Falls der letztlich vom Gericht gekippt wird, stehen alle vor einem Scheiternhaufen. DIE LINKE bekräftigt ihr Nein!

*Gisela Stahlhofen,
HP Fischer*

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Der Vorlage für die verkaufsoffenen Sonntage 2011, die bei der kommenden Ratssitzung verabschiedet werden soll, darf der Stadtrat aus Sicht der Kölner Gewerkschaften nicht zustimmen.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 1.12.2009 ein klares Signal gesetzt und Sonntagsöffnung als Ausnahme beschrieben, die von den Ländern und Kommunen in jedem Einzelfall begründet werden muss. Hierbei muss das öffentliche Interesse im Vordergrund stehen. Aus der Vorlage ist dieses öffentliche Interesse nicht ersichtlich! Unserer Meinung nach ist der „Sommerferienstart“ in Longerich keine ausreichende Begründung für ein öffentliches Interesse. Gleiches gilt für den „Autofrühling“ in Poll, die „Modenschau“ in Weiden, die „Karnevalsmesse“ in Marsdorf, das „Centerjubiläum“ in Chorweiler oder „Rund um den Sommer“ in der Innenstadt. Diese Liste lässt sich beliebig erweitern.

Die Kölner Gewerkschaften gewinnen den Eindruck, dass die meisten Veranstaltungen nur geplant sind, um die Sonntagsöffnung zu begründen. Dies widerspricht aber der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes. Alleine aus diesem Grund darf der Rat der Vorlage nicht zustimmen.

**Rot-Rot-Grün in Duisburg:
Ein Zukunftsmodell? Kommunal-
politischer Ratschlag
Mittwoch, 15.12.2010, 18 Uhr
Spanischer Bau, Kardinal-
Frings-Saal**

- Hermann Dierkes, Vorsitzender DIE LINKE. Ratsfraktion Duisburg
- Erkan Kocalar, 3. Bürgermeister der Stadt Duisburg

In Duisburg regiert seit den Kommunalwahlen 2009 ein Bündnis aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. Die LINKEN Hermann Dierkes und Erkan Kocalar werden von ihren Erfahrungen, Schwierigkeiten und Erfolgen berichten.

Allianz für den freien Sonntag – Stopp verkaufsoffener Sonntage

Die neue Regierungskoalition in NRW will den arbeitsfreien Sonntag wieder zur Regel machen. Dies begrüßen wir sehr. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Dazu werden wir die Aushöhlung des Sonn- und Feiertagschutzes korrigieren. Wir werden die Regelungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen an die Größe und Struktur der Kommune knüpfen sowie einen Anlassbezug konkret ausgestalten. Das geltende Ladenöffnungsgesetz legt eine Evaluierung fest. Im Dialog mit Handel, Gewerkschaften, Kommunen und Kirchen werden wir daher die Wirkung der Rechtslage bewerten.“ Wir begrüßen diesen Dialog. Unsere Kritik an Sonntagsöffnungen bleibt bestehen.

Die Sonntagsöffnungen führen nur zu einer Verlagerung von Kaufkraftströmen und generieren keine zusätzlichen Umsätze. Verlierer der Sonntagsöffnung sind kleinere Einzelfachhandelsgeschäfte, während Shopping-Center und Kaufhäuser in den Innenstädten davon profitieren.

Der Schutz des arbeitsfreien Sonntags ist von großer Bedeutung für die Gesundheit der überwiegend weiblichen Beschäftigten, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben sowie für das Leben der Zivilgesellschaft insgesamt. Dieser gemeinsame wöchentliche Ruhetag stärkt den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Das Recht auf arbeitsfreien Sonntag

schließt nicht Ausnahmen für die Bereitstellung notwendiger Dienste aus, noch berührt es die wichtige Rolle der Sozialpartner beim Aushandeln von Tarifverträgen.

Wir appellieren daher an den Rat der Stadt Köln, der Vorlage nicht zuzustimmen, dem wachsenden Druck von Teilen des Einzelhandels zu widerstehen, und eine Initiative hin zu arbeitsfreien Sonntagen zu ergreifen.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass der arbeitsfreie Sonntag für die Gesundheit und für das Wohlbefinden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtiger ist als jeder andere arbeitsfreie Wochentag. Sonntagsarbeit übt enormen Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Familien aus. Sie begünstigt Burnout und führt zu Krankheit und Arbeitsabwesenheit. Sonntags können Eltern und Kinder Zeit miteinander verbringen. Schulen sind an diesem Tag geschlossen. Gemäß der Jugendarbeitsschutzrichtlinie der EU ist der Sonntag bereits heute der EU-weit anerkannte wöchentliche Ruhetag für Kinder und Heranwachsende. Der Sonntag stärkt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, da er es den Menschen ermöglicht, am sozialen, kulturellen Leben teilzunehmen und ehrenamtlich zu engagieren.

DGB Köln-Bonn, ver.di Bezirk Köln

Termine ... Termine ... Termine

Mo, 29.11., 18 Uhr
AK Kalk, Bürgerhaus Kalk,
Kalk-Mülheimer-Str. 58

Do, 2.12., 17.30 Uhr
AK Jugend und Schule
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

Di, 7.12., 16.30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

Do, 9.12., 17.30 Uhr
AK Integration
Haus Neuerburg, Fraktionssitzungssaal

Mo, 13.12., 16 Uhr
AK Umwelt,
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

Mi, 12.1.2011, 18 Uhr
Neujahrsempfang der Fraktion
Span. Bau, Kardinal-Frings-Saal